

Auf die Landwirtschaft kommt es an

Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, über die Bedeutung des Agrarsektors für die Ernährungssicherung, notwendige Investitionen in Entwicklungsländern, Erkenntnisse ihrer jüngsten Afrika-Reise, alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten und einen erforderlichen Trennstrich zwischen verantwortungsvollen Investitionen und reinen Finanztransaktionen

Sie haben kürzlich mit Südafrika und Äthiopien zwei wichtige Länder des schwarzen Kontinents besucht. Wie stellt sich nach Ihrer Einschätzung die Ernährungssituation in den beiden Ländern und in Afrika insgesamt dar?

Aigner: Äthiopien ist eines der ärmsten Länder der Welt und trotz der großen Anstrengungen der Regierung und internationaler Geber sind große Teile der Bevölkerung von Hunger bedroht. Über 40 % der äthiopischen Bevölkerung ist unterernährt. Damit steht Äthiopien auf Platz vier des Welthunger-Index. Aber auch in Südafrika, das auf Platz 9 von 79 Ländern steht, haben 20 % der Haushalte unzureichenden Zugang zu Nahrung. Und in vielen weiteren Ländern ist die Situation trotz gewisser Fortschritte nicht minder alarmierend.

In Äthiopien haben Sie u. a. ein landwirtschaftliches Ausbildungszentrum besucht, das von Ihrem Haus gefördert und von der Wirtschaft unterstützt wird. Wie kann deutsches Agrar-Know-how zur Entwicklung der äthiopischen Landwirtschaft beitragen?

Aigner: Wissen ist die Grundlage für Veränderungen. Deswegen unterstützen wir Partnerschaften zwischen Bauernverbänden und mit der Wirtschaft, die Know-how in das Land bringen sollen. Es geht ja darum, mit Hilfe angepasster Technologie Erträge zu steigern, gesunde Lebensmittel zu erzeugen und somit einen Beitrag zur Ernährungssicherung vor Ort zu leisten.

Wie wird eine Balance zwischen entwicklungspolitischen Zielen und wirtschaftlichen Interessen hiesiger Unternehmen erreicht?

Aigner: Wir befürworten privatwirtschaftliche Investitionen, wenn deren Nachhaltigkeit und Entwicklungsnutzen für die lokale Bevölkerung gewährleistet wird. Außerdem muss verantwortungsvoll mit natürlichen Ressourcen umgegangen werden. Ohne Investitionen werden wir die Ernährungssituation in den ärmsten Ländern kaum dauerhaft und umfassend verbessern können. Auf meiner Reise habe ich den Eindruck gewonnen, dass die deutsche Agrarwirtschaft durchaus bereit ist, sich verantwortungsvoll und engagiert an Projekten zu beteiligen.

Afrika wird in der deutschen Öffentlichkeit nach wie vor überwiegend als Problemregion wahrgenommen. Stimmt das Bild nach Ihren Eindrücken noch?

Aigner: Ich habe auf meiner Reise zwei sehr unterschiedliche afrikanische Länder besucht. In Südafrika, der größten Wirtschaftsmacht auf dem afrikanischen Kontinent, findet man neben kleinbäuerlichen Strukturen auch eine kommerzielle Landwirtschaft, die beeindruckende Erfolge vorzuweisen hat. Und auch die Verarbeitungsindustrie wächst. Äthiopien als eines der ärmsten Länder der Welt ist dagegen überwiegend von Subsistenzlandwirtschaft geprägt. Eine pauschale Einschätzung für Afrika lässt sich daraus schwer ableiten. Ich habe Entwicklungen gesehen, die zuversichtlich stimmen – vor allem das große Wachstumspotenzial bei der Landwirtschaft in Äthiopien. Afrika steht angesichts der rasant wachsenden Bevölkerung, aber auch wegen des fortschreitenden Klimawandels vor riesigen Herausforderungen. Die Sicherung der politischen Stabilität und die Ernährung bleiben zentrale Aufgaben. Bis zum Jahr 2025 werden in Afrika 330 Mio. Jugendliche auf den Arbeitsmarkt drängen, davon werden allein 200 Mio. Arbeit auf dem Land suchen. Die Fortentwicklung und Stabilisierung des Agrarsektors sind vor diesem Hintergrund unerlässlich.

Entwicklungspolitiker betonen seit Jahren die Notwendigkeit höherer Investitionen in die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung. Dies müsse sich auch in der Entwicklungspolitik niederschlagen. Tut es das?

Aigner: In den vergangenen drei Jahren habe ich mit meinem Ministerkollegen Dirk Niebel die Landwirtschaft wieder ins Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit gerückt. Das war ein wichtiger Schritt, dieser Weg muss fortgesetzt werden. Wenn wir im Kampf gegen den Hunger erfolgreich sein wollen, müssen wir außerdem die Zusammenarbeit der Landwirtschaftsressorts auf internationaler Ebene weiter intensivieren. Und wir brauchen noch mehr Unterstützung aus der Privatwirtschaft. Allein mit staatlichen Investitionen werden die Probleme nicht zu lösen sein.

Ilse Aigner ist seit November 2009 Bundesministerin. Die 48-Jährige gelernte Radio- und Fernsehtechnikerin stammt aus dem oberbayerischen Feldkirchen im Landkreis Rosenheim.

Bei der anstehenden Bundestagswahl tritt Aigner nach 15-jähriger Parlamentszugehörigkeit nicht mehr an. Sie bewirbt sich stattdessen um ein Mandat im bayerischen Landtag. In Bayern gilt die CSU-Politikerin als ernsthafte Kandidatin für die Nachfolge von Ministerpräsident Horst Seehofer.



Foto: BMELV

Landwirtschaftsministerinnen Ilse Aigner und Tina Joemat-Pettersson, Südafrika, nach der Unterzeichnung einer Absichtserklärung über die vertiefte Zusammenarbeit im Bereich der landwirtschaftlichen Aus- und Weiterbildung.

Entwicklungspolitik ist das ureigene Terrain des BMZ. Warum engagiert sich das BMELV auf diesem Gebiet?

Aigner: Mein Haus ist zuständig für Land- und Forstwirtschaft sowie Ernährungsfragen – auch in der internationalen Zusammenarbeit. In den Entwicklungsländern besteht ein hoher Bedarf an politischer und fachlicher Beratung, die Erwartungen sind enorm. Für meine Fachkollegen ist unser Ressort oftmals der erste Ansprechpartner, wenn es um Fragen der Agrarentwicklung geht. Daher spreche ich mich dafür aus, dass unsere bilaterale Facharbeit auch im Landwirtschaftsressort weiter gestärkt wird.

Was haben Sie in Ihrer Amtszeit auf dem Gebiet „Welternährung“ erreicht?

Aigner: Die Menschen in den Entwicklungsländern müssen in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen. Mit dem jährlich am Rande der Grünen Woche stattfindenden Internationalen Agrarministertreffen hat mein Haus eine politische Plattform für die Entscheider in der Landwirtschaft geschaffen. In vielen Projekten fördern wir konkret den Aufbau einer modernen und ressourcenschonenden Landwirtschaft und haben hierfür die Haushaltsmittel von 4 auf 10 Mio. € erhöht. Auf UN-Ebene ist es uns gelungen, freiwillige Leitlinien zum Zugang zu Land und Ressourcen zu verabschieden. Sie zeigen, wie

z. B. ein Landtransfer unter Berücksichtigung der Rechte der lokalen Bevölkerung aussehen muss. Das war ein zähes Ringen mit 160 Staaten. Die Umsetzung begleiten wir jetzt im engen Austausch mit Nichtregierungsorganisationen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Im Mittelpunkt der derzeitigen politischen Diskussionen stehen zumeist der Anstieg der Weltbevölkerung und deren Ernährung im Jahr 2050. Zeitlich näher liegen allerdings die Millenniumsziele und deren Erreichung. Wie steht's um das Vorhaben, die Zahl der Hungernden bis 2015 gegenüber 1990 zu halbieren?

Aigner: Das Ziel, die Zahl der Hungernden weltweit bis 2015 zu halbieren, ist nach Aussagen der UN-Ernährungsorganisation FAO noch zu erreichen. Derzeit sind die Zahlen aber immer noch erschreckend. Rund 880 Mio. Menschen hungern. Damit dürfen wir uns nicht abfinden! Das erfordert unser ganzes Engagement. Und eines ist dabei klar: Der Hunger lässt sich nur besiegen, wenn Lebensmittelverluste reduziert und das ungenutzte Potenzial in der Landwirtschaft gehoben wird. Bisher liegen noch viele Flächen brach, nicht nur in Afrika. Das können wir uns nicht leisten. Aber es ist auch ein langer und mühsamer Weg, hier gegenzusteuern und neue Impulse zu setzen.

Was sind die wesentlichen Ursachen, dass die Fortschritte nur schleppend erfolgen?

Aigner: Das kann man nicht pauschal sagen, jedes Land hat seine eigenen Herausforderungen. Da Landwirtschaft der Schlüssel für den Kampf gegen den Hunger ist, muss Agrarpolitik eine zentrale Rolle erhalten, die eine nachhaltige landwirtschaftliche Produktion fördert. Zudem ist eine funktionierende Infrastruktur wichtig, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande, und zwar in allen Bereichen wie Straßen, Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und öffentlicher Verwaltung. Nicht zuletzt braucht es eine gute Regierungsführung. Ein freier Zugang der Bevölkerung zu Land und Bildung setzt korruptionsfreie, demokratische, rechtsstaatliche Verwaltungsstrukturen voraus.

Sie haben sich wiederholt für eine strengere Reglementierung von Agrarterminmärkten eingesetzt und befinden sich damit im Widerspruch zu den meisten deutschen Agrarökonomen. Welche Rolle spielt aus Ihrer Sicht die Spekulation mit Agrarrohstoffen für die Entwicklung der Agrarpreise?

Aigner: Wir haben in den vergangenen Jahren alarmierende Achterbahnfahrten auf den Agrarrohstoff-Weltmärkten erlebt. Dadurch sind Grundnahrungsmittel in den Entwicklungsländern zeitweise unbezahlbar geworden. Und wir beobachten seit Jahren einen besorgniserregenden Preisanstieg für Agrarrohstoffe weltweit. Dafür gibt es mehrere Gründe, wie etwa das enorme Bevölkerungswachstum, den fortschreitenden Klimawandel, schwere Unwetter oder fehlende Investitionen in die Landwirtschaft. Hinzu kommt ein Mangel an Transparenz – sowohl über die Verfügbarkeit von Agrarrohstoffen als auch den Handel damit auf den Finanzmärkten. Die meisten Experten sind sich einig: Kurzfristig kann Spekulation diese Preisschwankungen verstärken. Deshalb ziehen sich ja auch immer mehr Finanzinstitute aus diesem Geschäftsbereich zurück. Sie ist daher ein wichtiger Faktor, auf den wir achten müssen. Gerade deshalb treffen wir auf europäischer und auf internationaler Ebene Gegenmaßnahmen.

Wo verläuft die Grenze zwischen einer wirtschaftlich sinnvollen und notwendigen Preisabsicherung und einem unverantwortlichen Zocken mit Lebensmitteln?

Aigner: Das ist genau die entscheidende Frage, die sich vor allem die Finanzinstitute stellen müssen. Es ist wichtig, dass ein klarer Trennstrich gezogen wird zwischen verantwortungsvollen Investitionen, die hilfreich im Kampf gegen den Hunger sind, und reinen Finanztransaktionen, die Preisschwankungen verstärken können.

Wie beurteilen Sie die Realisierungschance der von Ihnen vorgelegten Vorschläge zum Agrarmarkt-Informationssystem, zu Positionslimits für Finanzinvestoren sowie zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer?

Aigner: Das Agrarmarkt-Informationssystem wird bereits auf internationaler Ebene aufgebaut. Es ermöglicht weltweit einen Überblick über die zu erwartenden Ernten und die Lagerbestände der wichtigsten Agrarrohstoffe. Damit wird Transparenz auf den realen Märkten geschaffen. Wir wollen aber auch auf den Finanzmärkten für Transparenz sorgen. Auf EU-Ebene wird gerade an der Mifid-Richtlinie gearbeitet, die Positionslimits festlegt für Akteure, die nicht mit physischer Ware handeln. Die Richtlinie soll in diesem Jahr verabschiedet werden. Die Positionslimits gelten aber ausdrücklich nicht für die Bauern und die Agrarhändler, die Derivate und andere Finanzinstrumente brauchen, um ihre Preise längerfristig abzusichern. Warenterminmärkte sind notwendig. Außerdem geplant ist eine Finanztransaktionssteuer für solche Transfers.

Bilaterale Freihandelsabkommen führen dazu, dass Dritte ausgeschlossen werden. Wissenschaftler warnen vor negativen Folgen für arme Länder. Warum setzt die Bundesregierung dennoch auf bilaterale Abkommen, etwa ein Freihandelsabkommen EU-USA?

Aigner: Priorität für die Bundesregierung hat nach wie vor ein erfolgreicher Abschluss der WTO-Verhandlungen. Leider kommen wir hier nicht voran. Um Arbeitsplätze in Deutschland auch im Agrar- und Lebensmittelsektor zu sichern, bleibt es ein Ziel, neue Märkte zu erschließen. Die Bundesregierung unterstützt ein umfassendes Freihandelsabkommen mit den USA. Integration in den Weltmarkt bietet Chancen auch für Entwicklungsländer. Die EU hat prioritär einen offenen Markt für zahlreiche Entwicklungsländer geschaffen, besonders für die ärmsten Länder. Sie werden daher durch weitere Freihandelsabkommen nicht vom EU-Markt ausgeschlossen werden.

Wie wird sichergestellt, dass hiesige Standards im Agrarbereich nicht geschleift werden?

Aigner: Im Agrarsektor gibt es besondere Interessen und Sensibilitäten, die von der EU-Kommission in allen Verhandlungen berücksichtigt werden müssen. Der Schutz der Verbraucher wie der Landwirte ist für Deutschland und Europa ein besonderes Anliegen. Europa wird seine über Jahrzehnte gewachsenen Rechtssysteme und hohen Standards beim Verbraucherschutz für ein Freihandelsabkommen nicht zur Disposition stellen. ■ Rainer Münch